

„Die Grundschule ist ein Zehnkampf“

Wahl FDP-Kandidatin Irene Schuster will in den Landtag einziehen. Bildungspolitik ist der Tübingerin zentrales und Herzensthema zugleich. *Von Christine Laudenbach*

Für das Treffen mit der SÜDWEST PRESSE hat sich Irene Schuster eine Baustelle ausgesucht. Sie liegt oben im Tübinger Norden, nur einen Katzensprung entfernt von ihrer Wohnung. In der Haußerstraße entsteht momentan das „Bildungshaus Winkelwiese“, hier finden Grundschule und Kita unter einem Dach zusammen. Für die FDP-Stadträtin hat diese Baustelle doppelten Symbolwert. Zum einen hofft sie, dass Tübingen finanziell bald wieder so gut aufgestellt ist, dass solche Zukunftsprojekte möglich sind. In das Bildungshaus für 300 Kinder investiert die Stadt rund 22 Millionen Euro.

Dass Schuster die Winkelwiese vorschlägt, liegt vor allem jedoch an ihrem Herzensthema Bildung. Die Lehrerin spricht aus Erfahrung, wenn sie sagt: „Wir müssen den Kindern noch mehr Rüstzeug an die Hand geben.“ Damit Bildung endlich weniger vom Elternhaus abhängt. In der Grundschule lege man das Fundament dafür, wie Schule erlebt wird – was entscheidend sei für ein selbstbestimmtes Leben. Die 37-Jährige unterrichtet an der Gemeinschaftsschule Rangen-dingen-Hirrlingen, die aus einer Grund- und einer Sekundarschule besteht. Sie hat aber auch Einblick in andere Schularten. Für das Referendariat ging Schuster ans Tübinger Uhland-Gymnasium, denn mit Theologie, Geschichte, Französisch und Kunstgeschichte hatte sie im Studium zunächst Gymnasiallehramt angestreut. Mangels Stelle arbeitete die junge Lehrerin danach an der Mathilde-Weber-Schule. Viele der jungen Männer, die sie unterrichtete, waren als unbegleitete Geflüchtete ins Land gekommen. Auch sie habe damals viel gelernt. „Bildung ist Bürgerrecht“. Das Zitat Ralf Dahrendorfs ist Schusters Credo. Für den Wahlkreis 62 will sie sich in Stuttgart dafür einsetzen, denn Bildungspolitik ist Ländersache.

Vieles von dem, was das von Theresa Schopper (Grüne) geführte Kultusministerium auf den Weg brachte, sei im Kern nicht schlecht – an der Ausführung jedoch übt sie deutlich Kritik. Ein Beispiel: Dass Viertklässler neutrale Leistungstests schreiben, begrüße sie. „Kompass 4“ sei aber überhastet eingeführt worden, das zeigten die letztjährigen Ergebnisse. Der Anspruch auf Ganz-



Das „Bildungshaus Winkelwiese“: Für FDP-Kandidatin Irene Schuster ein Zukunftsprojekt, in dem Kita und Schule zusammenfinden.

Foto: Carolin Albers

tagsbetreuung für Grundschüler komme vom Bund, und auch hierzu sagt die Lehrerin: „Ich begrüße das“, Stichwort Frauenerwerbstätigkeit. Es fehle aber am Konzept. Von Bürgermeistern im Wahlkreis schlage ihr entgegen: Bei der Umsetzung „fühlen sich viele im Stich gelassen“. Auch bei G9 spiegle sich das wider. Sie sei ein Freund des neunjährigen Gymnasiums, die Frage sei aber: „Wie lebt das die Schule?“ Wie könne zum Beispiel die durch den Wegfall von Nachmittagsunterricht entstandene Betreuungslücke geschlossen werden?

Entbürokratisierung, mehr Entscheidungsfreiheit für Schulen, höheres Einstiegsgehalt für Grundschullehrkräfte: Mit Irene Schuster könnte man leicht einen ganzen Nachmittag über Bildung sprechen. Von der Winkelwiesen-Baustelle ist man inzwischen in ihre Küche umgezogen, ab und an schaut eine ihrer beiden heißgeliebten Katzen vorbei. „Die Grundschule ist ein Zehnkampf“, erklärt sie weiter, in den Klassen sitzen „Kinder mit jedem Niveau“. Kleinere Klassen, mehr

Schulsozialarbeit: Es gibt vieles, wofür man sich auf Landesebene einsetzen könnte. Starke Bildungspolitik muss aber finanziert werden. Woher soll dieses Geld kommen? Die Liberale ist überzeugt: „Wir haben kein Einnahmen- sondern ein Ausgabenproblem.“ Sparen will ihre Partei an der Größe des Landtags, dafür trommelte Landeschef Hans-Ulrich Rülke im Sommer auch in Tübingen. 154 Abgeordnete sitzen momentan im Parlament. Aktuelle Umfragen rechnen nach der Wahl mit mindestens 180 – und dadurch mit Mehrkosten.

Dass sich Schuster vor zehn Jahren für die FDP entschied, hat viel mit ihrer Biografie zu tun. „Ich bin Liberale, die FDP hat die größte Schnittmenge zum Liberalismus.“ Aus ihrer Familiengeschichte wisse sie: Freiheit ist ein hohes Gut. Schusters Wurzeln liegen in Rumänien, ihre Mutter ist Siebenbürgin und siedelte mit ihr und den Großeltern nach Deutschland über. Nach Tübingen kam sie als junge Frau zum Studium. Die 37-Jährige ist überzeugt: Jede und jeder solle

sein Maximum erreichen dürfen, „ohne Fesseln“.

Für die Liberalen kandidierte Schuster bereits bei der Landtagswahl 2021, damals ohne Erfolg. Von Listenplatz 20 aus versucht sie es jetzt erneut, diesmal stünden die Chancen besser – nicht zuletzt dank der Wahlrechtsreform, durch die nun zwei Stimmen möglich sind: eine für die Person, eine für die Partei. Auch von Ausgleichs- und Überhangsmandaten könnte die Tübingerin unter Umständen profitieren und damit auch davon, dass die gesammelten Unterschriften gegen den XXL-Landtag für einen Volksantrag nicht ausreichen.

Ein weiterer Punkt im Wahlrecht sieht vor, dass nun auch 16-Jährige ihre Stimme abgeben dürfen. Wie die Liberalen junge Menschen erreichen wollen, ist für Schuster keine Frage: durch Generationengerechtigkeit. Sie fände es schwierig, wenn der Staat auf Pump lebt – ökonomisch wie ökologisch.

Dass Politik auch Kompromisse bedeutet, macht für Schuster ein aktuelles Beispiel deutlich.

Als OB Boris Palmer und drei Kollegen kürzlich forderten, den Einschulungstichtag von Juni auf September vorzuverlegen, signalisierten die Liberalen: Wir stehen hinter diesem Vorschlag. Die Oberbürgermeister versprechen sich davon erhebliche finanzielle Einsparungen und Entlastung von Kita-Kräften. Bildungsverbände lehnen den Vorschlag ab. Für Schuster ist klar: „Sozialpolitik braucht Herz, aber auch Leistung.“ In diesem Fall jedoch könne sie mitgehen. „Glücklich macht es mich nicht.“

Die FDP im Südwesten

Bei der Landtagswahl 2021 kam die Südwest-FDP auf 10,5 Prozent, ohne ein Direktmandat zu erringen. Momentan sitzen 18 Abgeordnete für die Liberalen im Landtag. Baden-Württemberg ist das einzige Bundesland, in dem die Partei bislang durchgehend vertreten ist. Für die Wahl am 8. März wird aktuellen Umfragen zufolge mit 5 bis 6 Prozent gerechnet.